Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1892

40 (17.2.1892) II. Blatt

Visual Library

Ausgabe: Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht 2 Mark 80 Pfg., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., im Reklamentheile 40 Pf.
Bemerkungen: Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 40. II. Blatt. Karlsruhe, Mittwoch, den 17. Februar **1892.**

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 16. Febr.

30. Sitzung der 2. Kammer.

Am Ministertisch: Minister Ellstätter, Minister Eisenlohr, Ministerialdirektor Seubert, Ministerialrath Göller.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr. Vom Sekretär werden die neu eingegangenen Bittschriften verlesen und den entsprechenden Kommissionen überwiesen. Seitens des Finanzministeriums ist eine Nachtragsforderung für die Bezirksforstei Emmendingen eingegangen. Ferner werden dem Hause die Wahlakten über die am 12. Februar stattgehabte Wahl in Eberbach-Buchen überreicht. Die Abtheilungen treten sofort zur Prüfung derselben zusammen.

Nach stattgehabter Prüfung berichtet Abg. Bassermann über das Ergebniß der Wahl. Es fielen von den 123 abgegebenen Stimmen 62 auf Bürgermeister Kiefer, 61 auf Weinhändler Frey. Die Wahl ist ordnungsmäßig von Statten gegangen, und deßhalb beschließt das Haus, dieselbe für unbeanstandet zu erklären.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des Budgets des Finanzministeriums Titel 4 der Ausgaben (Domänenverwaltung).

Abg. Kriechle gibt als Berichterstatter der Budgetkommission eine Uebersicht über die allgemeinen Verhältnisse der Domänenverwaltung und betont, daß der Etat sehr wesentliche Mehreinnahmen zu verzeichnen habe. Der vorliegende Etat beweise, was Baden für ein ungeheures Vermögen in seinen Forsten besitze, deren Erträgnisse durch die rationelle Art der Verwaltung noch stetig im Steigen begriffen seien. Der großh. Forstverwaltung gebühre dafür allseitiger Dank. Der später zur Berathung kommende Titel 11 weise bedeutende Mehrausgaben auf, die hauptsächlich eine Wirkung des Beamtengesetzes sind. Hier sei der klare Beweis dafür gegeben, daß gerade die unteren und mittleren Klassen des Beamtenstandes eine wesentliche Aufbesserung erfahren hätten. Redner beantragt schließlich Namens der Budgetkommission die Annahme der Etatspositionen.

Abg. Pfefferle bespricht die Mindereinnahme aus den Liegenschaften des Domänenärars. Der Grund dafür sei wohl hauptsächlich die mangelnde rationelle Bewirthschaftung der Wiesen 2c. Wenn man den Landwirthen eine rationellere Düngung empfehle, so sollte dieselbe auch von Großgrundbesitzern und besonders vom Staate durchgeführt werden. Redner ersucht die Regierung, darauf hinzuwirken, daß eine andere Art der Bewirthschaftung eingeführt und namentlich die Anwendung von Kunstdünger in ausgedehnterem Maße, als bisher, erfolgen möge.

Abg. Gönner regt die Regelung des Jagdrechts auf den Rheinvorlanden an. Den Gemeinden sei bezüglich der Ausübung der Jagd eine zu weitgehende Beschränkung auferlegt. Man sollte ihnen, da auf den schmalen Streifen des Rheinvorlandes eine selbständige Jagdwirthschaft doch nicht möglich sei, das Jagdrecht auch für diese Flächen übertragen, oder dieselben aus freier Hand an die Pächter der Gemeindejagden überlassen. Die Bestimmung, daß Ländereien unter 72 Hektaren nicht für sich verpachtet werden sollen, müsse auch für die Domänenverwaltung Geltung haben.

Abg. Frank meint, daß namentlich bei den Wiesen nicht genügend mit Dünger nachgeholfen werde. Die Verwaltung werde sich auch hier mehr dem Fortschritt auf diesem Gebiete anschließen müssen. Ferner sei der Pachtzins für die kleinen Parzellen ein zu hoher, und da man die 20fache Summe als Kaufpreis zu betrachten pflege, so sei auch dieser sehr hoch bemessen; das sei der Grund, weßhalb so wenig kleine Parzellen zum Verkauf gelangten. Er wolle wiederum die Frage anregen, ob es nicht möglich sei, Bestimmungen zu treffen, wonach vielleicht durch Hinzurechnung einer Amortisationssumme zum Pachtpreis oder dergl. der Pächter allmählig zum Eigenthümer seiner Pachtung gemacht werden könnte.

Finanzminister Ellstätter bemerkt, die großh. Regierung stehe den Intentionen des Vorredners sehr wohlwollend und sympathisch gegenüber. Es sei stets das Bestreben des Domänenärars gewesen, die Pächter der kleinen Parzellen möglichst günstig zu stellen, auch sei der Grundsatz, bei der Verpachtung der kleinen Parzellen auch einen Verkauf zu versuchen, bis in die letzte Zeit strenge befolgt worden. Eine große Kauflust habe sich aber leider trotzdem noch nicht gezeigt und deßhalb werde die großh. Regierung nochmals in Erwägung ziehen, ob nicht in irgend einer Weise noch günstigere Kaufbedingungen geschaffen werden könnten. In Folge der diesbezüglichen Verhandlungen in der ersten Kammer sei bereits eine nähere Untersuchung darüber Seitens der Regierung eingeleitet worden und er könne heute nur wiederholen, daß sich die Regierung in der entgegenkommendsten Weise den zu erwartenden Vorschlägen gegenüber verhalten werde. Dem Abg. Gönner gebe er zu, daß in der jetzigen Verpachtung der kleinen Parzellen des Rheinvorlandes ein Mißstand liege; auch in dieser Frage werde hoffentlich eine baldige Regelung gelingen.

Abg Hauß betont, er habe schon früher darauf hingewiesen, daß man entweder die Jagd auf den Rheinvorlanden den Gemeinden überlassen und von diesen eine entsprechende Vergütung aus den Erträgnissen beanspruchen möge, oder daß man sie den Gemeinden ganz überlassen sollte. Nach den Erklärungen des Herrn Finanzministers hoffe er auf Abhilfe und gebe er sich zufrieden.

Der ordentliche Etat 1) Aufwand der Zentralverwaltung für 1892 184,714 M. und für 1893 186,664 M. wird darauf vom Hause genehmigt.

Der 2) Aufwand der Domänenverwaltungen erfordert für 1892 151,813 M, für 1893 154,583 M. Auch diese Summen werden ohne weitere Verhandlung bewilligt.

Bei Ziffer 3) Aufwand der Bezirksforsteiverwaltung bringt

Abg. Schuler einige Beschwerden katholischer Geistlicher über Schädigungen ihres Einkommens aus den Pfarrwaldungen vor.

Finanzminister Ellstätter widerspricht der Behauptung des Vorredners, daß die Pfarrwaldungen in wirthschaftlicher Beziehung anders behandelt würden, als die übrigen Waldungen. Wenn bezüglich des Kompetenzholzes nicht rite nach den bestehenden Vorschriften verfahren werde, so wünsche er, daß sich die Betreffenden mit ihrer Beschwerde an das Finanzministerium wenden mögen.

Abg. Muser fragt an, wie die Regierung es mit der Anstellung der Oberförster halte; die bessern Oberförsterstellen würden, wie man behaupte, überhaupt nicht ausgeschrieben.

Minister Ellstätter erwidert, daß die Stellen mit den am besten dafür geeigneten Kräften besetzt würden. Wenn nicht Bewerber mit Vorzügen, die sie besonders für die Stellung befähigen, vorhanden seien, so erfolge die Besetzung nach dem Dienstalter. Gerade die bessern Stellen würden in der Regel ausgeschrieben. Die Regierung müsse sich aber bezüglich der Besetzung der Stellen freie Hand vorbehalten.

Abg. Gerber führt Beschwerde über angebliche Mißstände in dem Verhältniß zwischen den Bezirksforsteien und den Gemeinden und beklagt, daß zu viele Saatschulen errichtet würden.

Abg. Löffler wünscht dagegen Erweiterung der Saatschulen. Die private Errichtung von Saatschulen sei mit vielen Schwierigkeiten verbunden und deßhalb empfehle sich die Vergrößerung der Gemeinde-Saatschulen, namentlich im Interesse der Landwirthe auf dem Schwarzwalde.

Abg. Hug kann den Beschwerden des Abg. Schuler nicht zustimmen. Nach seinen Erfahrungen geschehe die wirthschaftliche Bearbeitung des Waldes durchaus nach den Vorschriften der Aufsichts-, bezw. Verwaltungsbehörde.

Abg. Frank spricht sich gleichfalls für die Aufrechthaltung und möglichste Ausdehnung der Gemeindesaatschulen aus.

Abg. Friderich bemerkt, es seien hier meist Beschwerden der Privatwaldbesitzer zum Vortrag gekommen; man müsse aber auch das Interesse des Staates an den Waldungen wahren. Gegen den Abg. Muser bemerke er, daß es jetzt nach dem Beamtengesetze gar keine besser dotirte Forsteien mehr gebe. Der Finanzminister könne bei der Anstellung der Oberförster Niemand bevorzugen und höhere Gehälter bewilligen. Die Anlegung von Holzabfuhrwegen hätte wesentliche Vortheile mit sich gebracht.

Abg. Straub hebt entgegen den Aeußerungen eines Vorredners die großen Vortheile der Holzabfuhrwege hervor und wünscht, daß die Bezirksforsteien den Wünschen der Gemeinden bezüglich der gegenseitigen Benutzung dieser Wege möglichst entgegen kommen möchten.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. Löffler, Gerber, Schuler und dem Schlußwort des Abg. Kriechle als Berichterstatter wird der Aufwand der Bezirksforsteiverwaltung mit 649,872 M. für 1892 und mit 665,122 M. für 1893, für ein Jahr durchschnittlich 657,497 M. genehmigt.

Ziffer 4) Besonderer Verwaltungsaufwand, erfordert für 1892 2,304,865 M., für 1893 2,307,795 M. An sachlichem Aufwand werden für Grundstocksgebäude 102,410 M. für das Jahr, für gemiethete Dienstgebäude 5116, bezw. 5666 M., für Grundstücke 160,176 M. gefordert. Für den Betrieb der Brauerei Rothaus und den Futterhof Dürrenbühl sind für jedes Jahr 554,676 M. eingestellt, für Waldhut werden 48,406 M., für Vermarkung, Vermessung 2c. werden 6257 M., für Holzabfuhrwege, wie seither, 307,750 M., für Waldkulturkosten 154,000 M. und für die Zurichtung von Walderzeugnissen 875,555 M. jährlich — dem seitherigen Satz gegenüber 82,258 M. mehr — gefordert; für die Verwerthung der Walderzeugnisse werden 14,182 M., für Jagden, Lehen und Berechtigungen 540 M., für das Heidelberger Schloß 13,815 M. gefordert. Das Haus genehmigt diese Posten und darauf die Gesammtsumme von 2,306,330 M. jährlich als besonderen Verwaltungsfond.

Ziffer 5) Grundstock, erfordert für jedes Jahr 27,307 M. und wird ohne Verhandlung genehmigt.

Ziffer 6) Abgaben und Lasten, erfordert insgesammt 1,470,550 M. jährlich. Unter dieser Summe befinden sich für Steuern, Umlagen und Brandversicherungsbeiträgen jährlich 238,656 M. Unter den Ausgaben für Kirchen, Pfarreien und Schulen werden für Kompetenzen jährlich 596,380 M. gefordert, dem vorigen Budget gegenüber 10,635 M. mehr. Der Bauaufwand ist in dem Voranschlag mit 393,215 M. angesetzt. Darunter befinden sich: Neubau einer evang. Kirche in Badenweiler 225,000 M., evang. Kirche in Schopfheim 25,000 M., kath. Pfarrhaus in Sipplingen 6000 M., Erweiterung der evang. Kirche in Lörrach 40,000 M. und Nachforderung von 1000 M., Erweiterung der kathol. Kirche in Höchenschwand 60,000 M., Neubau eines evangel. Pfarrhauses in Sand 28,490 M., Neubau einer kathol. Kirche in Wiehre 200,000 M.

Abg. Rau knüpft an die letztere Position an. Der Neubau einer katholischen Kirche in Wiehre, einem Stadttheil von Freiburg, habe sich als eine dringende Nothwendigkeit erwiesen. Die primäre Baupflicht komme allerdings dem Kirchenbaufond Wiehre zu, allein das Vermögen dieses Fonds sei so geringfügig, daß die subsidiäre Baupflicht des Domänenärars in Wirksamkeit treten müsse. Nach dem jetzt aufgestellten Kostenanschlag werde die Gesammtsumme des Neubaues 702,618 M. betragen. Die Stadt Freiburg habe sich nun in weitgehendster Weise eine Unterstützung dieses Kirchenbaues angelegen sein lassen und dieserhalb einen Bauplatz zur Verfügung gestellt, der mit Hinzurechnung nothwendiger Liegenschaftskäufe einen Kostenwerth von 323,000 M. darstelle. Damit beweise die Stadtvertretung Freiburgs, daß sie Angesichts der großen Aufwendungen des Domänenärars auch nicht davor zurückschrecke, ein so namhaftes Opfer zu bringen und bereit sei, den näher liegenden kirchlichen Interessen in demselben Maße zu dienen, wie in der Ausführung des monumentalen Gedankens einer äußeren würdigen Form, um damit der Verschönerung des ganzen Städtebildes Freiburgs entgegenzukommen.

Abg. Marbe meint, die Grundstückankäufe hätten schon früher und billiger erfolgen können.

Darauf werden die vorbenannten einzelnen Forderungen vom Hause genehmigt und ebenso die Gesammtsumme von jährlich 1,470,550 M.

Die gesammten Ausgaben des ordentlichen Etats (Ziff. 1—6) betragen darnach für das Jahr 1892 4,789,121 M. und für das Jahr 1893 4,812,021 M., zusammen also 9,601,142 M.; auch diese Summen werden ohne Widerspruch genehmigt.

Die Ausgaben des außerordentlichen Etats erfordern im Ganzen 1,798,020 M.

In der darüber eröffneten allgemeinen Diskussion wünscht Abg. Popp, daß, wie nach dem vorliegenden Etat für die Bezirksforsteien Villingen und Forbach II., auch für die übrigen Bezirksforsteien Dienstgebäude durch das Domänenärar errichtet werden möchten, denn was dem Einen recht, sei dem Andern billig.

Finanzminister Ellstätter entgegnet, daß der Neubau von Dienstgebäuden nur da erfolge, wo ein dringendes Bedürfniß dazu vorhanden sei. Ein solches Bedürfniß bestehe in Philippsburg, dem Kreise des Vorredners, nicht. Stelle sich aber dasselbe heraus, so werde die Regierung die Frage eines Zuschusses in Erwägung ziehen.

Im Grundstock wird zunächst für Umbau des zu einem Palais für Ihre Königlichen Hoheiten den Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin bestimmten sogenannten Schlößchens in Karlsruhe eine Summe von 700,000 Mark als dritte Anforderung verlangt. Der ganze Bau ist, wie seiner Zeit berichtet, mit 1,571,500 Mark veranschlagt, wovon 1,264,500 M. für den Hauptbau, und 307,000 M. für die Nebenbauten, Gartenanlagen 2c. berechnet sind. Der Bau dieses Schlößchens entspricht den Bestimmungen des Apanagengesetzes vom Jahre 1839, und ist bereits im Landtag 1885/86 zur Genehmigung gelangt, auch ein Betrag von 200,000 Mark als erste Rate dafür ausgesetzt worden. Der voraussichtlich in der Budgetperiode 1892/93 zur Ausgabe kommende Bauaufwand wird ungefähr 900,000 Mark betragen, welche Summe in der Weise aufzubringen ist, daß der im Budget 1890/91 genehmigte und für 1892/93 aufrecht erhaltene Kredit mit 200,000 Mark zur Verwendung kommt, zu der sodann die Neuforderung von 700,000 Mark treten soll.

An diese Position knüpft sich eine längere Debatte, in welcher die Abgg. Venedey, Schumann, Rüdt und Dreesbach gegen die Bewilligung solcher Summen, der Finanzminister und die Abgg. Friderich, Kiefer, Fieser, v. Stockhorner und der Berichterstatter, Abg. Kriechle, für die Bewilligung sprechen. Wir kommen auf die Debatte noch näher zurück und bemerken hier nur, daß Abg. Rüdt im Laufe derselben wegen einer ungebührlichen Aeußerung gegen das Großherzogliche Haus vom Präsidenten zur Ordnung gerufen werden mußte. Schließlich erfolgte einstimmig die Bewilligung dieser Etatsposition. Die Abgg. Muser, Venedey, Schumann und die beiden Sozialdemokraten waren bei der Abstimmung im Hause nicht mehr anwesend. Schluß der Sitzung 1¼ Uhr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Febr.

172. Plenarsitzung.

Am Tische des Bundesraths: Graf v. Caprivi und zahlreiche Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Reichshaushaltsetats für 1892—93 und zwar des Militäretats.

Zu Titel 1 (Kriegsminister) liegt die Resolution der Kommission auf Neuregelung des Wachepostenwesens vor, die Regelung und Begrenzung derjenigen Fälle, in denen die Zivilverwaltungen berechtigt sind, die dauernde Gestellung von militärischen Wachepposten zu polizeilichen Sicherheitszwecken zu verlangen; sie geht ferner auf eine thunlichste Einschränkung der Militärposten, insbesondere in verkehrsreichen Gegenden, und drittens auf eine Revision der Bestimmungen über den Gebrauch der Schießwaffen Seitens der Militärposten.

Abg. Richter (dfrsg.): Wir haben immer dahin gestrebt, daß die Dienstzeit der Soldaten möglichst beschränkt wird, deßhalb wollen wir gewisse Arbeiten, welche von Soldaten verrichtet werden, durch Zivilisten verrichten lassen und auch den übermäßigen Wachdienst vermindern, namentlich da, wo er im Interesse der Zivilbehörden verlangt wird. Die militärischen Wachposten sind dafür die ungeeignetsten, denn es fehlt ihnen an Lokal- und Personalkenntniß, es gibt auch andere Mittel, Kassen 2c. sicher zu stellen. Auch manche militärische Posten, namentlich Ehrenposten könnten vermindert werden, die noch aus Zeiten stammen, wo das Militär mehr Zeit hatte, als jetzt. Namentlich müßte auch die ganz veraltete Schießinstruktion geändert werden, besonders Angesichts der Verbesserung der Waffen und ihrer Wirkungen in die Ferne. Im Publikum sagt man Angesichts der Vorgänge in der letzten Zeit, daß es nicht eher besser werden würde, als bis einmal ein höherer Offizier oder gar ein Prinz angeschossen wird.

Generalmajor v. Goßler: Innerhalb des preußischen Bereiches werden für Kassen und Gebäude, in denen werthvolle Gegenstände untergebracht sind, 199 Wachtposten gestellt, für die Strafanstalten 22 Offiziere, 149 Unteroffiziere, 189 Spielleute und 1835 Mann. Eine erhebliche Beschränkung kann also bei diesen Posten nicht eintreten. Die Verminderung der Zahl der Ehrenposten und der militärischen Posten ist eine Sache des Kriegsherrn; die verbündeten Regierungen können darauf keinen Einfluß ausüben. Bezüglich des Schießens der Posten besteht keine Instruktion, sondern eine gesetzliche Vorschrift. Die Posten stehen jetzt nicht mehr wie früher mit geladenem Gewehr. Wenn dadurch, daß Jemand durch Exzesse den Posten zum Schießen zwingt, ein Dritter verletzt wird, so könnte man vielleicht den Urheber der Exzesse strenger bestrafen.

Abg. Singer (Soz) weist darauf hin, daß die Berliner Bevölkerung auf das Unerträglichste belästigt worden sei durch die Absperrungen durch militärische Spalire, welche bei dem Empfang von Fürstlichkeiten von den Bahnhöfen bis zum Schloß gezogen waren. Wenn es auch sehr viele Nichtsthuer gibt, welche ihre Neugierde befriedigen und stundenlang stehen, so müsse doch dafür gesorgt werden, daß die beschäftigten Bürger frei passiren können. Bezüglich der Resolution schließt sich Redner den Ausführungen Richter's an.

Abg. Richter: Die Absperrungen haben sich allerdings in der letzten Zeit sehr fühlbar gemacht und man fragt sich allgemein, warum jetzt solche Dinge zu Tage treten, die früher nicht üblich waren. Bezüglich der Wachtposten wäre es interessant, die Ziffer der militärischen Posten ebenfalls zu erfahren. Gewiß ist die Aufstellung der Wachtposten Sache der Kommandogewalt. Wir können keine Bestimmung darüber treffen, wie die einzelnen Posten aufgestellt werden sollen. Aber die Kommandogewalt findet doch ihre Schranken an der Zahl der vorhandenen Mannschaften, wie überhaupt an den vorhandenen Mitteln, welche wir bewilligt haben. Wenn das Militär allein auf der Welt wäre, dann könnten die Posten machen, was sie wollen, aber anders liegt die Sache in den belebten Straßen einer Großstadt.

Abg. v. Frege (dtschkons.): Für die Resolution wäre es besser gewesen, wenn nur Herr Richter für dieselbe gesprochen hätte und nicht Herr Singer. Unter den Uebertreibungen des Letzteren leidet der gute Kern der Sache. Bezüglich der Absperrungen hat man wirklich mit Kanonen nach Spatzen geschossen. Die Absperrungen sind doch ganz geringfügig gewesen. (Lebhafter Widerspruch links.) Nach der Erklärung des Kommissärs darf man hoffen, daß den berechtigten Beschwerden Abhilfe geschaffen werde.

Generalmajor v. Goßler: Wir sind genöthigt worden, viele Posten, die bis jetzt ohne Munition gestanden haben, mit Munition zu versehen, denn es ist ein Wachtposten ermordet worden. In Mainz hat man einen Wachtposten durch den Helm geschossen, ohne daß der Thäter ermittelt werden konnte.

Abg. Singer (Soz.): Auf den Standpunkt v. Frege, der die Abstellung von Mißständen nur auf dem Gnadenwege erlangen will, kann ich mich nicht stellen. Die Absperrung war durchaus keine kleine, alle Postwagen mußten bleiben. Wenn man selbst Sonntags die Geschäfte und Postanstalten öffnet, um den Verkehr nicht stocken zu lassen, da sollte man doch den Verkehr an den Wochentagen nicht zu Gunsten militärischer Schaustellungen beeinträchtigen.

Abg. Meyer-Berlin: Eine Kugel, wenn sie ihr Ziel verfehlt, fällt jetzt nicht mehr platt zur Erde. Bei rasanten Flugbahnen und großer Durchschlagsfähigkeit der Geschosse ist eine Aenderung der Instruktion nothwendig. Redner bespricht die drei Fälle, welche in letzter Zeit vorgekommen sind.

Abg. Richter (dfrs.) vertheidigt darauf seinen Antrag bezüglich der Einjährig-Freiwilligen. Ein Verschulden des Einjährigen liege durchaus nicht vor, wenn er mit Zustimmung der Ersatzbehörde später in den Dienst tritt. An solche Fälle hat man wohl nicht gedacht.

Generalmajor v. Goßler: Die Verhandlungen bei den Berathungen des Gesetzes gaben keinen Aufschluß über die gesetzlichen Bestimmungen. Es braucht sich ja nicht um ein strafbares Verschulden zu handeln, aber ein Verschulden ist es, wenn sie später eintreten. Es kommen dabei nicht blos Einjährige in Betracht, sondern auch die Dreijährigen, welche wegen Vollendung ihrer Ausbildung später eintreten. Die Militärverwaltung will den Reichskanzler um eine authentische Interpretation der Gesetzesbestimmungen bitten, so daß eine Nothwendigkeit, den Antrag anzunehmen, nicht vorliegt.

Abg. Hinze spricht die Hoffnung aus, daß die Kriegsverwaltung die frühere Auslegung des Gesetzes wieder anwenden werde.

Darauf wird der Antrag der Budgetkommission gegen die Stimmen der Deutschkonservativen, und der Antrag Richter gegen die Stimmen der Reichspartei und der Deutschkonservativen angenommen. (Schluß folgt.)

Deutsches Reich.

* **Karlsruhe**, 15. Febr. Der Kampf zwischen der Staatsgewalt in Frankreich und der katholischen Hierarchie spielt sich keineswegs blos in den höhern Regionen ab; vielmehr berichten die Blätter unablässig über Vorgänge, aus denen erhellt, daß insbesondere in den Departements die Reibungen zwischen der Geistlichkeit und den Behörden an der Tagesordnung sind. So hatte die Kultusverwaltung zu wiederholten Malen den Bischof von Arras sowie nach dessen Tode den Kapitularvikar aufgefordert, dem Abbe Dujart, Pfarrer des im Arrondissement Boulogne sur Mer belegenen Orte Portal eine andere Residenz anzuweisen, ohne daß dieser Aufforderung entsprochen worden wäre. Im Januar erklärte nun die Kultusverwaltung in Folge der von dem Senator Huguet und dem Bürgermeister von Portal ertheilten Informationen dem Bischofe und dann dem Kapitularvikar, daß sie den Gehalt des Pfarrers unterdrücken würde, falls dieser nicht eine andere Residenz angewiesen erhielte. Als der Kapitularvikar sich trotzdem weigerte, dem Verlangen der Kultusverwaltung zu entsprechen, wurde der Gehalt in der That gesperrt. Die klerikale Bevölkerung demonstrirte dann, der Nat.-Ztg. zufolge, in der Weise, daß sie eine Sammlung veranstaltete, deren Ertrag sehr bald den Betrag des gesperrten Gehaltes überstieg. Auch findet bereits eine lebhafte Agitation statt, um den regierungsfreundlichen Bürgermeister bei den unmittelbar bevorstehenden Gemeinderathswahlen zu „stürzen". Der Vorgang, der keineswegs vereinzelt steht, ist jedenfalls karakteristisch, weil er beweist, daß, wie die französischen Kardinal-Erzbischöfe im großen Stile, auch die übrige Geistlichkeit weit davon entfernt ist, den Wünschen des Papstes in Hinsicht auf die Annäherung des Klerus an die bestehenden republikanischen Einrichtungen zu entsprechen.

* **Karlsruhe**, 16. Febr. In dem Leitartikel von heute Vormittag: „Das Signal der Dunkelmänner zum Sturm auf unsere Universitäten" sollte es dort, wo der Münchener Großinquisitor den Wunsch ausspricht, daß der Tod des Professor Prantl tausend Mal besser gewesen sein möge, als dessen Lehrthätigkeit, ironisch „christliches" Gebet heißen und nicht „häßliches", — wie aus Versehen gedruckt worden ist. Wir halten darauf, dies richtig zu stellen, indem Herr Jörg sonst muthmaßen könnte, daß wir seine „christliche" Gesinnung in Frage stellen und ihn zu den „Gottlosen" werfen wollten.

Berlin, 15. Febr. Die Bittschrift der Universität Berlin an das Abgeordnetenhaus gegen das Volksschulgesetz ist der National-Ztg. zufolge nur von ordentlichen Professoren unterzeichnet. Es haben von insgesammt 83 Ordinarien 69 unterschrieben, darunter natürlich alle liberalen Männer. Von 8 Professoren der theologischen Fakultät haben 6 unterschrieben, darunter sogar Kleinert, Mitglied des Konsistoriums, und von der Goltz; von 11 Juristen unterschrieben 6; von 15 Medizinern 12; von 49 Philosophen 45.

Frankfurt a. M., 15. Febr. Zur Abwendung der Reblausgefahr haben, lt. Post, die Rheinischen Eisenbahnen umfassende Bestimmungen erlassen, wonach diese Reben nur innerhalb bestimmt abgegrenzter Untersuchungsbezirke versandt werden dürfen. Sendungen aus dem Rheingau dürfen auf keiner hessischen Station angenommen und abgeliefert werden. — Von den hiesigen politischen Parteien ging eine gemeinsame Bittschrift an das Abgeordnetenhaus ab, die nach ausführlicher Begründung bittet, das Haus möge dafür sorgen, daß das Schulgesetz abgelehnt oder wenigstens Bestimmungen aufgenommen würden, die eine Weiterentwickelung der bewährten Simultanschule unbedingt sichern und die Befugnisse der Gemeindebehörde, bezw. der Volksschulverwaltung ungeschmälert in dem bisherigen Umfange aufrecht erhielten. Die Sozialisten unter-

zeichneten die Eingabe nicht, da der Wortlaut nicht entschieden genug sei.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. Febr. Exkönig Milan von Serbien legte, lt. Frkft. Ztg., die Ehrenstelle eines Regimentsinhabers in der österreichischen Armee nieder, was die natürliche Folge dessen ist, daß er infolge seiner Expatriirung aufhört, der serbischen Armee anzugehören.

* **Prag**, 15. Febr. Die altczechischen Preßorgane veröffentlichen eine Kundgebung der altczechischen Abgeordneten, in welcher dieselben anerkennen, daß der Inhalt der Ausgleichspunktationen weder das Staatsrecht noch die Untheilbarkeit des Landes schädige. Durch die Ereignisse der letzten Zeit seien die Altczechen jedoch genöthigt, Vorsicht zu üben, in eine weitere Berathung der Punktationen nicht einzugehen, die Beruhigung der Gemüther abzuwarten und selbst auf dieselbe hinzuwirken. Mit dieser Ueberzeugung träten die Altczechen in den Landtag ein, indem sie insbesondere beabsichtigen, mit dem konservativen Großgrundbesitze in Verbindung zu bleiben.

Lemberg, 15 Febr. Die Polenblätter bringen Schauerberichte über den Nothstand in Galizien. Im Bezirk Mysleniea werden von 76,000 Einwohnern 62,000 als nothleidend bezeichnet.

Frankreich.

Paris, 15. Febr. Anarchisten versuchten heute in Saint-Denis zu Manifestiren, zahlreiche Polizei war aufgeboten; die Manifestation kam indeß nicht zustande; es wurden mehrfache Verhaftungen vorgenommen.

Belgien.

Brüssel, 15. Febr. Eine Versammlung von Vlamländern in Gent beschloß gestern, einen Verfassungsartikel über die Gleichberechtigung der vlämischen und französischen Sprache, sowie Betreffs der allgemeinen Wehrpflicht bei der Kammer zu beantragen.

Italien.

Rom, 15. Febr. Ueber den Nachfolger de Launays ist noch nichts entschieden; doch wird die Neubesetzung des Berliner Postens schnellstens erfolgen. — Gestern Abend vereinigte sich eine Anzahl politischer Persönlichkeiten der Opposition, darunter Crispi, Zanardelli Brin, Fortis, Damiani zu einem Bankett, dem in den nächsten Tagen eine Versammlung zwecks Reorganisation der Opposition folgen soll.

Großbritannien.

London, 15. Febr. Lord Dufferin wird am 2. März den Botschafterposten in Paris antreten. Lord Vivian überreicht in Rom sein Beglaubigungsschreiben am 8. März.

Baden.

♂ **Mannheim**, 16. Febr. Berichtigend können wir mittheilen, daß das Feuer in der Maschinenfabrik von Heinrich Lanz zum Glück keine große Ausdehnung gewonnen hat und nur der Dachstuhl eines Gebäudes niedergebrannt ist. Der Betrieb braucht nicht eingestellt zu werden.

⚒ **Heidelberg**, 15. Febr. Nach der letzten Meldung zählt die hiesige Ortskrankenkasse 3426 männliche und 800 weibliche Mitglieder. — Die verflossene Woche brachte wieder eine Reihe musikalischer und theatralischer Genüsse. Am letzten Montag gab der bekannte Pianist Viana da Motta in Verbindung mit der Sängerin Lemke ein sehr gut besuchtes Konzert. Das Stadttheater hat vor ausverkauftem Hause — die „ausverkauften Häuser" sind gegenwärtig an der Tagesordnung — Lortzing's „Waffenschmied" gebracht. Die Aufführung war eine recht gute. Gestern hat die Posseneuheit „Der Soldatenfreund" reichliche Gelegenheit zum Lachen geliefert. Das nächste Konzert des Bachvereins verspricht ein hochinteressantes zu werden. Es wird darin ein großer Theil des Parsifal und das Meistersinger-Vorspiel und -Finale zur Aufführung gebracht. Außer einem großen Chor- und Orchesterpersonal wirken mit: Theodor Reichmann, der Bayreuth-Sänger, und Herr Römhildt von Karlsruhe.

☌ **Freiburg**, 15. Febr. Der Verkehr an Liegenschaften hat mit dem Beginn des neuen Jahres wieder etwas zugenommen, denn es wurden im Monat Januar 19 Käufe um den Betrag von 735,000 M. abgeschlossen. Darunter befanden sich 10 Häuserkäufe um die Summe von 735,000 M.

♀ **Baden**, 15. Febr. Soeben durcheilt die Trauerkunde von dem plötzlichen Hinscheiden des Herrn Hofmöbelfabrikanten Otto Müller, in Firma Gebrüder Müller, unsere Stadt. Ein Herzschlag hatte dem thätigen Leben ein Ziel gesetzt. Herr Müller war ein überaus thätiger Geschäftsmann, ein edeldenkender, biederer Karakter. Seine Familie betrauert einen treuen Gatten, einen lieben, sorgenden Vater. Er bekleidete mehrere öffentliche Stellungen. Er war Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums, Vorstand des Gewerbevereins und Kirchenältester der evangelischen Gemeinde. Wer ihn gekannt, hat ihn hochgeschätzt und geachtet. Ehre seinem Andenken!

⚓ **Aus dem Amtsbezirke Bretten**, 14. Febr. Unter der rührigen und kraftvollen Leitung des Bezirksvorstands, Herrn Oberamtmanns Dr. Groos entfaltet gegenwärtig der landwirthschaftliche Bezirksverein eine erfolgreiche Thätigkeit auf dem Gebiete des Kochunterrichts für die Landgemeinden des Bezirks. Unter der Leitung geprüfter Kochlehrerinnen ist ein Kochunterricht bereits eingerichtet in den Orten Siedelsheim und Flehingen. An demselben nehmen auch Theil Mädchen aus den umliegenden Ortschaften. Die höchste Zahl der Theilnehmerinnen ist auf 12 festgesetzt; doch mußten, obwohl noch einige mehr aufgenommen wurden, noch weitere Anmeldungen zurückgewiesen werden. Dieser Erfolg zeigt, wie sehr eine solche Einrichtung zeitgemäß ist und den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenkommt. Ja voraussichtlich finden sich in einzelnen Gemeinden so viele Theilnehmerinnen, daß für dieselben allein ein Kochunterricht veranstaltet werden kann. Der landwirthschaftl. Bezirksverein hat eine vollständige Kocheinrichtung angeschafft, welche zur Verfügung gestellt wird und leicht in einem einigermaßen geräumigen Raume (es braucht keine Küche zu sein) aufgestellt werden kann. Die Kosten für die Gemeinden sind unbedeutend, ebenso für die Theilnehmerinnen.

Städtisches.

* **Karlsruhe**, 16. Febr. Das Stadtgartentheater, in welchem am Sonntag Nachmittag der Schweitzer'sche Schwank „Epidemisch" zur Aufführung gelangte, war diesmal besser wie sonst besetzt, zumal im Parquet. Es scheint somit, als ob sich diese Vorstellungen allmählig einbürgern werden. Gespielt wurde recht flott, besonders von Frln. Engelhardt (Erna) und Herrn Bassermann (Leutnant v. Saldeck), sowie von Herrn Mark (Major v. Romberg), Frau Petzet (Minna v. Romberg), Herrn Wassermann (Major a. D. v. Sturrwitz), Herrn Hallego (Görlitzer) und Herrn Benedikt (Portepeefähnrich v. Saldeck).

* **Karlsruhe**, 17. Febr. Die heutige Fremdenliste der hiesigen Gasthöfe führt als neu angekommen 287 Fremde auf.

Drahtberichte.

* **Berlin**, 16. Febr. Im Reichstag wurde heute die Berathung des Militäretats fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Manteuffel spricht gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Bebel und protestirt nachdrücklichst dagegen, daß bei der Aenderung des Militärstrafverfahrens an den Grundlagen der Heeresverfassung gerüttelt werde.

Abg. Richter meint, Graf Caprivi habe die Resolution Richter-Buhl als eine schroffe bezeichnet, es sei aber besser, die Mißstände abzustellen, anstatt durch Lauheit weite Bevölkerungskreise zur Sozialdemokratie zu drängen. Nicht die Resolution rufe Mißtrauen gegen die Offiziere und Unteroffiziere hervor, sondern die Mißhandlungen selbst, sowie die Briefe der Mißhandelten an ihre Angehörigen. Die Anzeigepflicht sei keine Beschränkung der Freiheit und der freien Willensbestimmung. Das Uebel der Mißhandlungen habe vielfach darin seine Entstehung, daß die Unteroffiziere aus Vorschulen kämen, ohne die Leiden der Rekruten erduldet zu haben, und daß junge Offiziere aus den Kadettenhäusern fertig in das Heer kommen. Die Kasernenhöfe würden abgesperrt und das Militär vom Publikum abgeschlossen. Die bayerischen Zentrumsherren hätten in der Resolution der Kommission eine clausula bajuvarica beantragt nach der Formel: „Heiliger Florian, schütz' unser Haus, zünd' andere an!" Diese Klausel, auf dem Standpunkt des engsten bayerischen Partikularismus stehend, wolle das bayerische Recht nicht Reichsrecht werden lassen. Was der Reichskanzler von Konventikeln in den Kasernen gesagt habe, war herzerquickend. Der Reichskanzler setzte sich damit allerdings dem Verdacht des Atheismus aus.

General Spitz theilt mit, es seien Gutachten der kommandirenden Generale eingegangen, die mit den gestrigen Aeußerungen des Reichskanzlers übereinstimmten. Die von den Unteroffiziersschulen gekommenen Unteroffiziere hätten meist gut eingeschlagen. Das deutsche Heer habe Dank seiner obersten Führer die Achtung der Welt errungen und erzwungen. Es sei billig, die Faktoren anzuhören, die an dem Aufbau und der Erhaltung des Heeres liebevoll gearbeitet haben.

Abg. Hausmann tadelt die Langsamkeit der Reformen und führt einzelne Fälle von Mißhandlungen an.

Der Reichskanzler Graf v. Caprivi fordert Hausmann auf, für die angeführten Fälle Gewährsmänner zu nennen. Abg. Richter habe des Reichskanzlers gestrige Aeußerungen über das bayerische Verfahren mißverstanden. Die Aeußerung des bayerischen Kriegsministers über das bayerische Verfahren lasse noch Spielraum für das Urtheil, ob sich dasselbe erprobt hat. Die Absperrung der Exerzierplätze erfolge, weil das Publikum jetzt empfindlicher als vor 40 Jahren sei, wo die Soldaten mehr geplagt wurden. In militärischen Dingen müsse man in erster Linie immer das Verhältniß der Offiziere zu den Untergebenen vor Augen haben. Diese Form würde stets im Auge behalten werden.

* **Bukarest**, 16. Febr. In allen drei Wahlkollegien sind insgesammt 141 Konservative und 23 Oppositionelle gewählt; 19 Stichwahlen sind erforderlich.

* **Frankfurt a. M.**, 16. Febr. (Anfangskurse.) Kreditaktien 262 1/2, Staatsbahn 248 3/8, Lombarden 77 1/8, Galizier —.—, Aegypter — —, Ungarn 92 70, Diskonto-Kommandit 180.20, Gotthardaktien 136.70, Laurahütte —.—, Gelsenkirchen —.—, neue Reichsanleihe —, Darmstädter —.—. Fest.

* **Frankfurt a. M.**, 16. Febr. (2 U. 10 M.) Wechsel auf Amsterdam 168.62, ditto auf London 20.40, ditto auf Paris 81.02, ditto auf Wien 172.42, Priv.-Disk. 1 7/8, Napoleons 16.21, Kreditaktien 262 3/4, Disk.-Komm. 180.20, Schweiz. Nordost 109.—, 60r Loose 124.70, Mittelmeer 93.80, Türken 13.20, 4 1/4 prozent. Portugiesen 40.50, bad. Zuckerfabrik 58.80. Fest.

* **Frankfurt a. M.**, 16. Febr. (3 U. 20 M.) 3proz. Reichsanleihe 84.—, 4proz. Reichsanleihe 106.85, 4proz. preuß. Konsols 106 50, 4proz. bad. Obligat. in Gulden 102.35, ditto in Mark 104.80, österr. Goldrente 95.60, österr. Silberrente 81.—, 4proz. ungar. Goldrente 92.70, 1880er Russen 92.10, 2. Orientanleihe 63.50, Italiener 90.30, Aegypter 95 60, Spanier 62.90, Zolltürken 56.20, Serben 81.30, Elbthal 198 1/2, hess. Ludwigsbahn 112.60, Basler Bankverein 124.80, Handelsgesellschaft 132.60, Darmstädter Bank 123.70, Deutsche Bank 156.80, Dresdener 133.60, Länderbank 175.70. — Nachbörse. Kreditaktien 262 1/2, Disk.-Komm. 180.70, Staatsbahn 247 5/8, Lombarden 77 1/2, Westeregeln —.—. Fest.

* **Frankfurt a. M.**, 16. Febr. (6 U. 40 M.) Kreditaktien 262 1/2, Staatsbahn 248—, Lombarden 78 1/8, Disk.-Komm. 181.—, Aegypter 95.70, Ungarn —, Gelsenk. 134 40 Italiener —.—, Gotthard —.—. Fest. — Wenigereinnahme der Südbahn 134,338 fl.

* **Berlin**, 16. Febr. (12 Uhr 25 Min.) Kreditaktien 169.—, Franzosen 124.50, Lombarden 42.30, Diskonto-K. 183.90, Bochumer 110.10, Dortmunder 56.20, Gelsenkirchen 137.60, Laurahütte 104.30, Italiener 90.40, Ungarn 92.60, 3pCt. Reichsanleihe 84.—, Russ. Noten 201.—. Unentschieden.

* **Berlin**, 16. Febr. (2 U. 36 M.) Kreditaktien 169.40, Staatsbahn 124.—. Lombarden 42.40, Diskonto-Kommandit 184.90, Marienburger 57 70, Dortmunder 56.50, Laurahütte 104.90, russ. Noten 201.—, 3proz. Anleihe 83.70.

* **Berlin**, 16. Febr. (Börse. 2 U. 40 M.) Auf die Nachricht von 20 Proz. Dividende der Gewerkschaft Konsolidation waren Montanwerthe befestigt. Banken besser, Fonds gut angeregt auf die Besserung von Griechen. Londoner und heimische Anlagen waren stetig. Russen fest.

* **Berlin**, 16. Febr. (Schlußkurse.) Disk.-Kommandit 184.10, Dortmunder 56.30, Bochumer 111.20, Baseler—.

* **Wien**, 16. Febr. (Vorbörse. 10 U. 20 M.) Kreditaktien 306.25, Marknoten 58 05. 4% Ungarn 107.70, Staatsbahn 283.75, Lomb. 88.12, Galizier —.—. Fest.

* **Paris**, 16 Febr. (12 Uhr 40 M.) 3proz. Rente 95.73, Spanier 62 3/4. Aegypter —.—, Banque Ottomane 540.—, Türken 18.70, Ungarn —.

* **Paris**, 16. Febr. 3proz. Rente 96 —, 3pr. Portugiesen 27 7/8, Spanier 62 3/4, Türken 18.70, Banque ottom. 530, Ungarn —.—, Rio Tinto 433.—, Banque de Paris 626.

Verantw. Redaktion: Friedrich Hannemann in Karlsruhe.

Karlsruhe. Tagesordnung zur 31. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer auf Donnerstag, den 18. Febr., Vorm. 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Fortsetzung der Berathung der Berichte der Budgetkommission über das Budget des großh. Finanzministeriums für 1892/93: Tit. 4, 10 und 11 der Ausgabe; Tit. 1. der Einnahme, Berichterstatter Abg. Kriechle; Titel 6 und 7 der Ausgabe; Tit. 3 u. 4 der Einnahme, Berichterstatter Abg. Hug.

Geboren.

Karlsruhe, 9 Febr. Elisabetha, V. Karl Helfer, Bahnarbeiter. — 11. Febr. Lina Hedwig, V. Wendelin Kopf, Schlosser; Friederike, V. Fried. Faller, Fabrikarbeiter. — 12 Febr. Karoline Elisabetha, V. Konrad Wagner, Maschinenarbeiter. — 13. Febr. Johanna, V. Johann Stefan Schaaf, Amtsdiener. — 14. Febr. Otto, V. Wilh. Huber, Briefträger. — 15. Febr. Albert Christian Wilhelm, V. Eugen Deschler, Gießer; Ernst Karl Franz, V. Ernst Hardock, Photograph. — 16. Febr. Margarethe Malwine Cäzilie, V. Ferd. Springer, Ingenieur.

Eheschließungen

Karlsruhe, 16. Febr. Bauer, Michael, von Pforzheim, Wachtmeister hier, m. Mathilde Bausback von Königsheim.

Gestorben.

Karlsruhe, 15. Febr. Van der Hoeven, Sofie, Rittmeisters Wwe., 56 J.; Seeland, Jakob, Schuhmachers Wwe., 76 Jahre. Karl, V. Peter Raßmussen, Weißgerber, 6 M. 16. T.

Meteorologische Beobachtungen.

Februar	Morgens	Ort.	Bar. auf 0. Gr. u. d. Meeresniv. red. i. Mill.	Wind. Richtung	Wind. Stärke.	Wetter.	Temp. in Celsiusgraden
16	8	Mullaghm.	760	ONO	stark	heiter	2
	8	Aberdeen	761	NW	leicht	halb bed.	— 4
	8	Christiansd	755	NNW	stark	Schnee	— 2
	8	Kopenhag.	757	NNO	leicht	wolkenlos	— 1
	8	Stockholm	756	W	leicht	wolkenlos	—19
	8	Haparanda	746	O	leicht	bedeckt	—19
	8	Petersburg	754	NO	leis. Zug	Schnee	—16
	8	Moskau	750	NNW	leis. Zug	Schnee	—19
	8	Cork	754	ONO	stark	Schnee	0
	8	Cherbourg	750	ONO	steif	bedeckt	3
	8	Helder	756	ONO	schwach	wolkig	— 2
	8	Sylt	758	ONO	mäßig	wolkenlos	— 6
	8	Hamburg	756	NO	schwach	bedeckt	— 6
	8	Swinemde.	755	NNO	schwach	Schnee	— 5
	8	Neufahrwsr	754	SSO	leis. Zug	Schnee	—11
	8	Memel	754	NO	leicht	halb bed.	—15
	8	Paris	749	NO	schwach	Schnee	— 1
	8	Münster	753	NNO	stark	halb bed.	— 5
	8	Karlsruhe	749	NO	leicht	Schnee	— 3
	8	Wiesbaden	750	NO	schwach	Schnee	— 4
	8	München	749	SW	frisch	Schnee	0
	8	Chemnitz	754	O	leis. Zug	bedeckt	— 9
	8	Berlin	754	N	schwach	halb bed.	— 5
	8	Wien	754	O	leis. Zug	Schnee	— 6
	8	Breslau	754	S	leicht	bedeckt	— 7
	8	Ile d'Aix	746	O	mäßig	Regen	5
	8	Nizza	751	O	leis. Zug	heiter	4
	8	Triest	752		still	bedeckt	5

(Uebersicht der Witterung.) Die Luftdruckvertheilung hat abermals eine wesentliche Umgestaltung erfahren. Das barometrische Maximum ist durch eine über dem bottnischen Meere aufgetretene Depression wieder auf Nordwesteuropa verdrängt worden; die gestern noch über Westrußland liegende Depression ist verschwunden, jene über England ist südwärts der Biskayasee gezogen und greift von da aus weit in das Binnenland herein. Da hier außerdem noch verschiedene flache Theilminima zu erkennen sind, so hält das trübe Wetter mit aus gedehnten Schneefällen an. Ganz Mitteleuropa ist nunmehr in das Frostgebiet aufgenommen. In Nord- und Nordosteuropa hat die Kälte noch zugenommen (Stockholm, Haparanda und Moskau melden —19 Grad). Da das Ortsbarometer noch in langsamem Fallen begriffen ist, so ist zunächst Fortdauer der herrschenden Witterung wahrscheinlich.

Konkurseröffnungen.

Kreditbank Kehl in Dorf Kehl, A. Kehl, Eröffnungstermin 15. Febr., Anmeldefristablauf 1. April, 1. Gläubigerversammlung 10. März, Prüfungstermin 11. April.

Bad. Maxau, 16. Febr. Wasserstand des Rheins 4 M 33 C., gef. 9 C.

Englische Cheviots und ächte Kammgarne ca. 140 cm. breit à Mrk. 1.75 bis 7.85 per Meter versenden direkt an Private jede beliebige Meterzahl Buxkin-Fabrik-Depot **Oettinger & Co.**, Frankfurt a. M. Neueste Musterauswahl bereitwilligst franko. 356.6.1

Todesanzeige.

679.1 Tiefbetrübt theilen wir Verwandten und Freunden mit, daß heute Mittag 3/4 12 Uhr unsere liebe Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Sophie van der Hoeven,

geb. Freiin von Rottenhoff,

versehen mit den Tröstungen ihrer Kirche, von mehrwöchentlichen, schweren Leiden erlöst worden ist.

Karlsruhe, 15. Februar 1892.

Adrienne van der Hoeven.
Nadine van der Hoeven.
Nina, Baronin Salerno del Mezzograno, geb. van der Hoeven.
Jonkheer Freddy van der Hoeven, Leutnant im Badischen Grenadier-Regiment „Kaiser Wilhelm I."
Mathilde, Freiin von Rottenhoff.

Die Einsegnung findet Mittwoch, den 17. d. M., Vormittags 11 Uhr, im Trauerhause, Hirschstraße 6, die Beisetzung in der Familiengruft zu Mannheim, Nachmittags 3 Uhr, statt.

Das Seelenamt wird Freitag, den 19. d. M., Vormittags 10 1/2 Uhr, in der hiesigen Stadtpfarrkirche abgehalten.

Karlsruher Colosseum.

Waldstraße.

Mittwoch, den 17. Februar 1892,

Nachmittags 3 Uhr:

Grosse Gala-Kinder-Vorstellung

mit ermäßigten Preisen.

Reservirt 1 Mk., 1. Platz 70 Pfg., 2. Platz 50 Pfg., 3. Platz 20 Pfg.

NB. Mache dem geehrten Publikum bekannt, daß die am vergangenen Samstag, den 12. Februar 1892, angekündigte Kindervorstellung nicht von unserer Seite ausging und erklären hiemit, daß die heutige Vorstellung mit sämmtlichem Personal bestimmt stattfindet.

Abends 8 Uhr:

Grosse Extra-Vorstellung

mit gewöhnlichen Preisen.

686.1 **Die Direktion.**

Brauerei-Verkauf.

512.3.3 In Stockach (Baden) ist eine große Bierbrauerei, mit **Dampfbetrieb** und **besten Maschinen eingerichtet**, zu verkaufen. Das ganze zum Betriebe vorhandene große Inventar (Dampf- und sonstige Maschinen, Fässer 2c.) ist neu. Ausgezeichnete Keller. Schöne Wirthschafts-Lokalitäten, altdeutsche Stube, Gartenwirthschaft, abgeschlossene Kegelbahn u. s. w. Für einen tüchtigen Braumeister oder für eine Actiengesellschaft ein sehr empfehlenswerthes und vorzügliches Geschäft.

Stockach (Baden).

Stephan, Verwalter.

Gasthaus-Verkauf.

Ein Gasthaus II. Ranges mit 17 Zimmern und Mobiliar, in guter Lage einer Stadt am Bodensee; Anzahlung M. 10,000.—. Offerten an das Kont. d. Bl. unt. Nr. 553.4.3

Lungenheilanstalt Nordrach.

Badischer Schwarzwald.

Dr. med. **Otto Walther.** — Frau Dr. med. **Adams-Walther.** 313

— Prospekte durch die Verwaltung. —

Erziehungs-Anstalt für Knaben

in **Clendy** bei **Yverdon** (Schweiz). 543.2.2

Gründlicher Unterricht in neueren Sprachen, Handelswissenschaft u. s. w. Prospekte und Referenzen beim **Direktor Fr. Burion.**

Altes Gold und Silber

kauft zu den **allerhöchsten** Preisen

H. REUDTER,

Goldarbeiter, 2884.52.37

Waldstraße 49, zwischen Kaiserstr. und Ludwigsplatz,

Karlsruhe.

682.3.1 **Geld** z. Hyp. u. jed. Zweck. Adr. D. C. Berlin-Westend. Ford. Statut. ums.

Gasthof-Verkauf.

Ein komplet eingerichteter Gasthof mit 30 Zimmern in guter Stadtlage zu Konstanz. Anzahlung M. 15,000. Offerten an das Kontor d. Bl. unter Nr. 557.4.3

Das

Mädchenpensionat Wilhelmsfeld

bei Heidelberg

gibt Töchtern der besseren Bürger- und Beamtenkreise gründliche Unterweisung in

1. verschiedensten Strick-, Häkel-, Stick-, Rahmen- und Knüpfarbeiten,
2. Weißnähen, 249.10.8
3. Buchführung,
4. Citherspiel.

Zahl der Zöglinge: sechs bis acht. Vier Lehrkräfte: daher individuelle Behandlung und sorgfältigster Unterricht. Aufmerksamste Verpflegung. Der Gebirgsort Wilhelmsfeld liegt 1 3/4 Stunden von Heidelberg inmitten herrlicher Laub- und Nadelwälder. Vorzügliche Luftkur. Gesunde, geräumige Wohnung. Anfang des Sommerkurses: 20. April, Schluß: Mitte Oktober. Gefl. Anfragen, die zwischen jetzt und dem 23. Februar erfolgt sind, beantwortet ausführlichst der Ortsgeistliche, Herr Pfarrer **L. von Langsdorff** in Wilhelmsfeld bei Heidelberg.

Höchster Preis: 4951 39.

London 1891. Ehrendiplom I. Klasse

II. Fabrik **Berlin**, Demminerstr. 7. Filialen: **Hamburg-Amsterdam.**

681.3.1 **Stellung** erh. jed. überall ums. Ford. **Stellen-Courier, Berlin-Westend**

Geschäftsführer

für eine **Vergolderei** mit **Spiegelhandlung** nach Heilbronn gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen und Zeugnißabschriften an 633.2.2

H. Veittinger, Heilbronn.

Eine anständ., gewissenh., evang., bescheidene Person in den 40 oder Anf. 50 Jahren findet Unterk. b. einem Beamten in Lothr. Behufs Erzieh. von 2 Knaben von 7 und 4 Jahren und Besorg. eines kleinen Haushalts. Dieselbe muß von gut. Karakt. sein und alle häusl. Arbeiten verrichten können. Unbedingte Zuverlässigkeit ist erford., da Kinder und Haushalt ihr oft allein überlassen werden müssen. Einer unbemitt. Pers. wird eine sorgenlose Existenz geboten, falls sie sich bewährt.

Offerten mit Anspr. an das Kontor d. Bl. unter Nr. 631.3.2

Druck und Verlag der Macklot'schen Buchhandlung und Buchdruckerei, Waldstraße Nr. 10 in Karlsruhe